

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten

48. Sitzung
9. Februar 2015

Beginn: 14.20 Uhr
Schluss: 16.17 Uhr
Vorsitz: Frank Jahnke (SPD)
Sitzungsort: ehem. Zentrale des Ministeriums für
Staatssicherheit Haus 1 (Stasi-Museum),
Ruschestraße 103, 10365 Berlin

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	0150
Drucksache 17/1619	Kult
„Campus der Demokratie“ in der Lichtenberger Ruschestraße aktiv entwickeln	Haupt

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Frank Jahnke: Als Anzuhörenden begrüße ich Herrn Jahn, den Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. Zudem ist Herr Dr. Weißbach, der Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft, als Anzuhörender hier, und auch die Herren Sello und Ebert von der Robert-Havemann-Gesellschaft sind anwesend. Ein herzliches Willkommen!

Außerdem hat uns die Senatsverwaltung freundlicherweise eine Übersicht über die Eigentumsverhältnisse auf diesem Gelände, die nicht ganz einfach sind, zur Verfügung gestellt, und

wir haben auch eine Übersicht für den „Campus für Demokratie“ bekommen. – Dann kommen wir zunächst zur Begründung. – Herr Otto, bitte!

Andreas Otto (GRÜNE): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben ja diesen Antrag vor ca. einem Jahr, im Jahr des 25. Jahrestages der friedlichen Revolution, eingereicht, und ich glaube, das ist auch heute noch der zeitliche Bezug. Das Jubiläum „25 Jahre“ ist sehr gut geeignet, sich als Berlin, als Parlament, zu überlegen: Was ist das Weitere, das wir hier an diesem Ort für Aufarbeitung und Aufklärung tun können?

Wir sind als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehr angetan von der Idee, hier diesen „Campus der Demokratie“ oder „Campus für Demokratie“ – wie auch immer er am Schluss heißt – zu etablieren. Wir haben über diesen Antrag im November gesprochen. Herr Müller! Da wurde auch vom damaligen Regierenden Bürgermeister, Ihrem Vorgänger, signalisiert, dass das eine interessante Geschichte ist, die auch der Senat unterstützen würde. Wir wollen heute als Fraktion nach der Anhörung gern mit Ihnen über diesen Antrag abstimmen, weil wir denken, dass der jetzt lange genug hier im Ausschuss liegt und es an der Zeit ist, sich dazu zu positionieren.

Der Antrag hat zum Ziel, dass Berlin und die Bundesrepublik Deutschland an diesem Ort hier gemeinsam tätig werden in ähnlicher Weise, wie wir das auch an anderen Orten haben, die sich dem Gedenken widmen. Denken Sie an die Stiftung Berliner Mauer, denken Sie an die Stiftung Hohenschönhausen! All das sind Orte, wo Berlin und der Bund gemeinsam tätig sind und gemeinsam Träger sind von kulturellen, von Gedenk- und von Bildungseinrichtungen. So etwas wünschen wir uns auch hier. Laut dem Antrag – das haben Sie sicherlich auch gelesen, deswegen sitzt Herr Dr. Weißbach da – soll die Robert-Havemann-Gesellschaft als Träger des Archivs der DDR-Opposition einen wichtigen Platz einnehmen.

Wir haben schon verschiedene Anhörungen gemacht, auch mit der Havemann-Gesellschaft, und ich glaube, es ist einhellige Auffassung über alle Fraktionen, dass da eine wichtige Arbeit geleistet wird. Sie wird auch von Berlin schon viele Jahre lang im Rahmen von Projektförderung gefördert, und wir haben jetzt mit diesem Antrag auch das Ziel, dort zu einer institutionellen Unterstützung auch durch Berlin zu kommen.

Der Regierende Bürgermeister Wowereit hat sich in der Ausschusssitzung im November dazu geäußert. Wenn Sie im Protokoll dieser Sitzung nachlesen, werden Sie das entdecken. Unser Ziel für heute wäre, dass wir als Parlament, insbesondere, wo wir auch an diesem Ort hier tagen, ein Signal aussenden: Wir als Parlamentsausschuss wollen gern unterstützen, dass hier dieser Ort, dieser Campus entsteht.

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke für die Begründung, Herr Otto! – Protokoll war ein gutes Stichwort. Ich nehme an, dass heute auch die Erstellung eines Wortprotokolls gewünscht ist. – Das ist der Fall. Das machen wir. – Wir kommen nun zur Anhörung, und ich möchte als Erstes Herrn Jahn das Wort geben. – Bitte schön!

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – BStU –): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister! Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ich bedanke mich, dass Sie den Weg hierher gefunden haben. Vor Ort ist die Anschauung doch immer etwas besser, denn das hier ist ein besonderer Ort, ein Ort mit einzigartiger Geschichte – in vielfacher Hinsicht. Denn dieser Ort steht für Repression, er steht aber auch für Revolution, und er steht für eine Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur in den letzten 25 Jahren, gerade durch die Nutzung der Akten.

Diese dreifache Bedeutung dieses Orts spüre ich immer besonders dann, wenn ausländische Gäste hierher kommen. Wir hatten letztes Jahr im Stasi-Unterlagen-Archiv Gäste aus über 40 Ländern. Dabei wird mir immer deutlich, was denen ein besonderes Anliegen ist, was sie hier erfahren. Sie bekommen nämlich das Signal, dass eine Diktatur überwindbar ist, und stellen die Frage: Wie habt ihr das in Deutschland geschafft? – Das ist etwas, wo ich immer spüre: Von diesem Ort, von dieser Stadt geht ein Signal in die Welt: Diktatur ist überwindbar; Demokratie statt Diktatur! – Deswegen ist auch der Gedanke entstanden, hier nicht im Leid der Vergangenheit verhaftet zu sein, sondern nach vorne zu schauen und den nächsten Generationen etwas mit auf den Weg zu geben, die dieses Land, diese Diktatur selbst nicht erlebt haben, aber etwas erfahren wollen – auch darüber, wie das überwunden worden ist.

Deshalb war es mit Beginn meiner Amtszeit mein Ansinnen, dass ich gesagt habe: Wir haben hier einige Ansatzpunkte, nämlich das Archiv und das Museum. Ansonsten wird das Areal für andere Dinge genutzt, es war z. B. zwischendurch hier in dem großen Haus auch mal eine Modemesse, aber das, was an Potenzial hier drinsteckt, wird nicht richtig genutzt. Deswegen sind auch die Einladungen an verschiedene gesellschaftliche Initiativen und staatliche Institutionen ergangen, diesen Ort zu nutzen. Die Robert-Havemann-Gesellschaft hat für sich die Entscheidung getroffen, hierher zu gehen, um gerade den Gedanken, dass Diktatur überwindbar ist, mit ihrer Ausstellung deutlich zu machen. Dafür auch noch mal Dank an das Land Berlin, dass es sich an der Förderung beteiligt hat! Das ist die richtige Ergänzung für diesen Ort, denn gerade dann, wenn wir Gäste im Stasi-Unterlagen-Archiv haben, können wir immer auch auf das verweisen, was hier auf dem Hof errichtet werden wird.

Deswegen ist es auch mein Anliegen, dass dieser Ort noch um das Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft ergänzt wird, dem Archiv der DDR-Opposition, um auf diesem Gelände auch die Gegenüberlieferung präsentieren können, damit Geschichte nicht nur durch die Stasi geschrieben wird, sondern auch anders dokumentiert wird. In dieser Hinsicht freue ich mich sehr, dass das auf den Weg gebracht worden ist und darüber jetzt diskutiert wird. Wir alle sind nun gefordert, danach zu suchen, welches das beste Haus ist, in dem die Robert-Havemann-Gesellschaft ihr Archiv unterbringen kann.

Wir haben praktisch in unserer Verantwortung, in Bundeseigentum, das Archiv und das Museum, das ASTAK als Bürgerverein mit Hilfe eines Kooperationsvertrags im täglichen Betrieb aufrechterhält. Und wir haben das Haus 22, das Sie gesehen haben – wenn Sie sich umdrehen, dann sehen Sie es –, wo das Potenzial für Veranstaltungen liegt. Deswegen wird das in den nächsten Wochen auch in Bundeseigentum überführt werden, damit es genutzt werden kann. Museum, Archiv und diese Art Infozentrum werden dann der Kern eines inneren Rings sein.

Mit der Ausstellung dann ergänzt, wird dieser innere Ring auch ein Ort des Erinnerns sein. Alles, was darum herum ist, hat dann noch weiter die Chance, sich zu entwickeln. Da kann viel gemacht werden und viel dazu beigetragen werden, damit dieser Ort lebendig wird und nicht nur ein Ort ist, wo man mal kurz ins Museum geht, sondern wo kommuniziert und sich ausgetauscht wird, wo diskutiert wird und wo auch die Dynamik zwischen Demokratie und Diktatur reflektiert wird. In dieser Hinsicht lade ich auch andere weiter ein, hier zu schauen, wie man auf diesem Gelände die einzelnen Gebäude nutzen kann.

An dieser Stelle ist natürlich auch die Kultur dieser Stadt gefragt. Da gibt es noch viel Potenzial, wo eines zum anderen kommen kann. Als Beispiel: Die Universität der Künste hat für das Haus 18, das dort drüben zu sehen ist – das ist dieser große Bau –, Szenarien entwickelt, wie das z. B. als Ort der Kultur genutzt werden kann, mit einer Strandbar auf dem Dach und einem Blick nach Mitte, zum Sonnenuntergang, über den Fernsehturm. Das heißt, hier steckt ein Potenzial drin, in dem sich eines zum anderen entwickeln kann, was auch eine große und einmalige Chance für die Stadtentwicklung ist. Ich kann nur einladen, zu sagen, dass sich das Land Berlin der Verantwortung stellt und mit dazu beiträgt, dass wir gemeinsam mit den Aktivitäten des Bundes für das Stasi-Unterlagen-Archiv hier diesen Ort entwickeln, wo wirklich dann das Signal weiter in die Welt ausgestrahlt wird. – Danke schön!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Jahn! – Das Wort hat jetzt Herr Dr. Weißbach! – Bitte sehr!

Dr. Olaf Weißbach (Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, Ihnen die Position der Robert-Havemann-Gesellschaft zum „Campus der Demokratie“ kurz vorstellen zu dürfen.

Sie haben soeben das Gelände besichtigt. Ich kann Ihnen hier und heute ein Versprechen abgeben: Wenn Sie gegen Ende des Jahres dieses Gelände noch einmal besuchen, dann werden Sie über die Veränderung erstaunt sein, die stattgefunden hat. Dann wird der Besucher, der z. B. in das Stasi-Museum möchte, zuerst eine große Ausstellung vorfinden, in der über die wichtigsten Ereignisse, über die Menschen und Gruppen informiert wird, die zum Ende der SED-Diktatur und zum Ende der Stasi beigetragen haben. Es ist uns von unserer Intension her ganz wichtig, den Bürgern etwas anzubieten, auf das sie sich positiv beziehen und mit dem sie sich identifizieren können. Das kann man nicht erzwingen, aber ein Angebot ist zumindest die Voraussetzung dafür, dass eine solche Identifikation möglich ist. Es geht uns dabei nicht darum, diesen Ort in irgendeiner Art und Weise umzuwidmen. Er bleibt ein Ort der Repression, aber wir setzen hier einen Wertakzent, dass er auch ein Ort des Widerstands war. Das heißt, die Robert-Havemann-Gesellschaft ist bereits ganz praktisch dabei, diesen Ort zu einem Lernort von Repression und Widerstand zu entwickeln, und zwar nicht irgendwann, sondern in diesem Jahr. Die Finanzierung für die Open-Air-Ausstellung steht. Sie kommt vom Bund und vom Land Berlin, über die Lotto-Stiftung Berlin.

In dem hier zur Debatte stehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist von einem Zentrum für die Widerstands- und Oppositionsgeschichte gegen die SED-Diktatur die Rede. Es ist richtig, dass wir diesen Gedanken 2009/2010 ins Spiel gebracht haben, weil wir damit auf ein Defizit in der Erinnerungslandschaft unserer Stadt aufmerksam machen wollten. Träger dieses Zentrums sollte die Robert-Havemann-Gesellschaft sein. Wir haben die Reali-

sierung dieser Idee aus praktischen Gründen zurückgestellt, aber nicht prinzipiell aufgegeben. Der praktische Grund ist: Kernstück eines solchen Zentrums sollte auch das Archiv der DDR-Opposition sein, das seit fast 25 Jahren von der Robert-Havemann-Gesellschaft verwaltet wird. Um die Perspektive dieses Archivs ist es bisher nicht gut gestellt. Das heißt: Primär geht es uns derzeit darum, das Archiv für die Zukunft zu sichern.

Die dauerhafte Sicherung unseres Archivs hat zwei Komponenten, nämlich zum einen die institutionelle Förderung und zum anderen die Unterbringung des Archivs an einem archivgerechten Standort, denn dort, wo das Archiv derzeit untergebracht ist, nämlich in einem Hinterhaus in Prenzlauer Berg, kann es nicht bleiben, weil dort rein gar nichts archivgerecht ist. Es stellt sich also die Frage nach dem Standort, aber auch da gilt es, zwei Komponenten zu beachten, nämlich zum einen die Einschätzung unsererseits, ob der Standort prinzipiell geeignet ist – ich meine das auch im Hinblick auf die Nutzer und das Dienstleistungsangebot, das wir machen wollen –, und zum anderen, ob der Standort den archivtechnischen Anforderungen genügt.

Zum ersten Punkt: Es ist ein Gewinn für die Entwicklung des Standorts und für unser Dienstleistungsangebot, wenn wir hier für unser Archiv die entsprechenden Räumlichkeiten finden. Hier findet der Nutzer die Repressionsakten des MfS, und hier findet er auch, und zwar auf kurzem Weg, die Selbstzeugnisse von Opposition und Widerstand derjenigen Personen, die von der Stasi verfolgt wurden. Hier kann er nachlesen, welche Absichten die Opposition hatte, was man nämlich aus den Stasi-Akten nicht erfahren kann. Hier befindet sich im Haus 1 die große Ausstellung zum Wirken der Stasi im SED-Staat und dann vor dem Haus die große Open-Air-Ausstellung zur friedlichen Revolution, angepasst an diesen speziellen Standort und seine Geschichte. Wir sind also der Ansicht, dass es inhaltlich passt und ein großer Zugewinn ist, sowohl für den Ort als auch für unser Archiv, wenn wir hier mit unseren Beständen Quartier beziehen können.

Zu dem anderen Punkt, dass die Räume auf diesem Gelände archivgerecht sein müssen, kann ich derzeit nichts sagen. Wir haben Anfang März einen Termin mit Vertretern der BKM und der Senatskulturverwaltung und werden uns die Liegenschaften des Landes Berlin ansehen. Das haben wir gerade auch – zumindest von außen – in diesem kleinen Rundgang gemacht. Dabei handelt es sich um die Gebäude 12 und 14. Ob diese Gebäude archivtechnisch geeignet sind, weiß ich nicht. Wir werden uns dazu von Experten beraten lassen.

Ich fasse zusammen – erstens: Die RHG ist mit der Open-Air-Ausstellung zur friedlichen Revolution bereits damit beschäftigt, den Lernort voranzubringen.

Zweitens: Ja, die Robert-Havemann-Gesellschaft sieht einen Gewinn für die Arbeit ihres Archivs, wenn das Archiv hier einen geeigneten Standort findet.

Drittens: Darauf aufbauend sollte perspektivisch die Realisierung des Zentrums für Oppositions- und Widerstandsgeschichte weiter verfolgt werden. Das Potenzial ist auf diesem Gelände vorhanden. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Frank Jahnke: Vielen Dank, Herr Dr. Weißbach! – Wir kommen nun zur Aussprache. – Bitte, Herr Brauer!

Wolfgang Brauer (LINKE): Vielen herzlichen Dank, Herr Jahn und Herr Dr. Weißbach, für die Führung über das Gelände! Ich muss einräumen, dass das für mich nicht so neu ist. Ich habe den Vorteil, fast um die Ecke zu wohnen, kenne dieses Areal inzwischen seit Jahrzehnten und freue mich über jeden Schritt, den Sie vorwärtskommen, erstens bei der Sicherung des Bestands und zweitens bei den Versuchen, eine adäquate Nutzung zu finden und die entsprechenden Formate auch darzubieten.

Ich möchte mich auch für die einführenden und erklärenden Worte jetzt hier in diesem Raum bedanken. Es waren doch einige Anregungen und Denkanstöße auch für meine Fraktion dabei, die wir gern weiter diskutieren würden. Ich möchte Sie aber bitten – wenn ich das sagen darf –, die Idee der Strandbar nicht weiterzuverfolgen. Wenn nun ausgerechnet ich das sage – – Aber nein, ich glaube, es gibt bestimmte Nutzungsgrenzen an historischen Orten, die man überschreiten kann, aber man sollte sie vielleicht nicht touchieren – wegen der Nebenwirkungen, die sich dann einstellen. Kein Apotheker kann davor warnen. Aber das nur nebenbei!

Wir denken auch, dass das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft hier am richtigen Platz wäre. Wir möchten – da, glaube ich, haben wir den Schulterchluss mit der einreichenden Fraktion –, dass für das Archiv endlich auch eine institutionelle Förderung verankert wird – seitens des Senats von Berlin und der Bundesregierung, für die wir nicht sprechen können. Ähnlich wie für andere gemeinsam getragene Gedenkstätten müsste es doch möglich sein, eine hälftige Finanzierung hinzubekommen – fifty-fifty. Ich halte es für vermessen, wenn Berlin sagte, das ist unser Ort. Das ist ein Ort der DDR-Repression gewesen, und zwar nicht nur für Berlin. Die Bezirksdirektion, sozusagen die Berliner Einrichtung, befand sich ein Stück weiter, und insofern ist die gemeinsame Trägerschaft schon in Ordnung.

Ich finde es nicht gut berührend, wenn wir uns in dieser Debatte von Haushaltsberatung zu Haushaltsberatung in einer Endlosschleife bewegen und uns alle zwei Jahre immer wieder mit denselben Nicht-Argumenten auseinandersetzen müssen, denn uns wird dann in der Regel immer wieder erklärt – es geht jetzt um die Wahlperioden, also, das betrifft nicht nur diese Koalition, das weiß ich –, warum etwas nicht geht. Ich möchte viel lieber hören, unter welchen Bedingungen etwas ginge. Das wäre ein neuer Ansatz, den ich mir für diesen Ort wünsche.

Ein erster Schritt könnte sein, Herr Regierender Bürgermeister, wenn der Senat von Berlin den Liegenschaftsfonds dahin gehend bewegt, die Häuser 3, 4, 13 und 14 zunächst mal aus der unmittelbaren Verkaufsgefahr herauszunehmen und den Status quo so lange festzuzurren, bis das geprüft wird. Ich bin kein Baufachmann – auch wenn Herr Wowereit das gelegentlich anders behauptet hat – und weiß nicht, ob dieses Gebäude dort vorne, das Haus 14, unbedingt so optimal wäre. Es ist ein merkwürdiges Gebäude, aber es stehen ja mehrere Häuser zur Verfügung. Wenn man dann in den Prüfungsprozess eintritt und von vornherein klar ist, dass in vier Wochen die Grundbucheintragung für ein Objekt geändert wird, dann ist das schwierig. Also bitte nehmen Sie Einfluss, Herr Regierender Bürgermeister! Sprechen Sie mit dem Liegenschaftsfonds respektive mit Ihrem Finanzsenator, dass hier erst einmal ein Stopp der Veräußerungsbemühungen erfolgt. Das wäre sehr hilfreich. Ich denke, eine positive Lösung wird auch die Unterstützung der Linksfraktion in diesem Haus finden. – Vielen herzlichen Dank!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Brauer! – Bitte, Herr Lehmann-Brauns!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU): Meine Fraktion ist natürlich mit der Intension dieses Antrags einverstanden, und zwar schon deshalb, weil wir vor etwa anderthalb Jahren eine ähnliche Initiative gestartet haben. Wir wollen jetzt nicht nach den Prioritäten fragen, aber die Intension ist in Ordnung. Dass man in dieser schaurigen Stadtlandschaft, in der ein so schauriges Gewerbe betrieben wurde, jetzt mit einem „Campus für Demokratie“ erscheint, ist eine wunderbare Sache. Ich hoffe nur, dass dieser „Campus für Demokratie“ auch die Stärke hat, diese Umgebung, die uns immer noch ansieht, zu relativieren.

Ich möchte, bevor ich meinem Kollegen Freymark, der sich hier persönlich sehr engagiert hat, das Wort gebe – [Wolfgang Brauer (LINKE): Das macht noch immer Herr Jahnke! – Heiterkeit] – Ja, aber ich kündige das einfach mal an, Herr Brauer! – [Wolfgang Brauer (LINKE): Sie können nicht die Geschäftsordnung ändern!] – Nein, nein, aber in der heutigen Zeit darf ich so etwas ankündigen, da kann mir keiner den Mund verbieten – auch Sie nicht! – [Zurufe – Unruhe] – Herr Otto! Ich möchte zu Ihrem Antrag Folgendes sagen: Vielleicht sollte man diesen Antrag noch einmal überarbeiten. Sie sprechen in dem Antrag oder auch in der Begründung von Signalen, aber es gibt schon eine Realität, die wir uns eben angesehen haben. Der BStU ist da, und das Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft kommt. Ihr Antrag ist schon ein bisschen alt, nämlich vom 29. April 2014, also die Zeit ist ein wenig über diesen Antrag hinweggegangen. So sympathisch dieser Antrag ist: Man sollte noch etwas daran arbeiten. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir uns etwas mehr Zeit nehmen müssen und uns nicht sofort nach einer Anhörung in die Details begeben sollten. – Das ist die Haltung meiner Fraktion dazu.

Vorsitzender Frank Jahnke: Vielen Dank, Herr Lehmann-Brauns! – Das Wort hat jetzt Herr Otto. – Bitte sehr!

Andreas Otto (GRÜNE): Da hätte man Lust, über alt und nicht alt von Anträgen zu diskutieren, aber das machen wir, glaube ich, jetzt nicht. Solche Anträge sind deshalb hierher überwiesen worden, damit wir als Ausschuss quasi kollektiv daran arbeiten und sie qualifizierend verbessern – oder, oder. Das ist die Intension der Ausschussarbeit.

Ich möchte gern noch einige Fragen stellen, insbesondere dem Senat. Herr Regierender Bürgermeister! Sie haben sich noch nicht geäußert, aber das wird noch kommen. Uns würde interessieren: Gibt es beim Senat von Berlin eine Vorstellung von einem Zeitplan, in dem geklärt wird, in welcher Weise und in welchem Umfang sich Berlin an diesem Ort engagiert und welche Bedeutung eigentlich der Senat von Berlin diesem Ort beimisst? Es wäre wichtig, dass Sie uns das sagen. Wie ist da die Meinungsbildung, und wie ist da die haushaltsmäßige Untersetzung? Wir befinden uns im Prozess der Aufstellung des Haushalts 2016/2017, und dahin sollte auch dieser Antrag wirken. Wenn sich das Parlament dafür ausspricht, dass Berlin hier tätig wird, dann stellt sich auch die Frage, wie man das im Haushalt untersetzt. Jetzt können Sie uns sagen, Herr Regierender Bürgermeister, dass das alles schon läuft und dass Sie schon soundso viel dort angemeldet haben. Es wäre interessant, das zu erfahren, aber dann müsste das auch hier gesagt werden, denn dafür ist diese Veranstaltung da.

Zu den Eigentumsverhältnissen hatte Herr Brauer schon etwas gesagt. Ist es tatsächlich ernstgemeint, wenn hier auf dem Zettel steht – – Der Zettel ist ja vom Senat. – [Regierender Bürgermeister Michael Müller: Nein!] – Nein, der ist nicht vom Senat, okay! – Hier steht nämlich

drauf, die Liegenschaften sind im Liegenschaftsfonds zur Veräußerung. Da bekommt man erst einmal einen Schreck, weil man weiß, was alles zeitgleich in der Welt passiert, während wir hier gemütlich sitzen und darüber diskutieren. Vielleicht findet gerade in diesem Moment irgendwo eine Unterzeichnung statt. Wenn Sie sich die grauen Gebäude hier gegenüber angucken, dann sind die alle mal privatisiert worden, zu einem Zeitpunkt, als sich noch niemand darüber Gedanken gemacht hat, was man an diesem Ort eigentlich entwickeln kann und muss, sowohl für Berlin als auch für die Bundesrepublik und vielleicht auch für diesen Bezirk. Das ist leichtfertig veräußert worden, ohne tatsächlich darüber nachzudenken, was man aus diesem Ort machen kann. Diesen Fehler darf man zumindest an anderer Stelle nicht noch einmal wiederholen, indem man hier die Berliner Grundstücke und Gebäude weggibt. Unsere Bitte ist auch, dass Sie das stoppen, wenn das im Moment passiert. Das könnten Sie uns ja vielleicht auch sagen.

Da schließt sich die Frage nach dem Parkplatz für die Ausstellung an: Habe ich das richtig verstanden, dass geklärt ist, dass der Parkplatz Berlin gehört oder dem Bund, jedenfalls nicht mehr privat ist und für die Ausstellung zur Verfügung steht? – Das wäre wichtig und ein erster Schritt.

Ansonsten lassen Sie mich noch sagen: Herr Lehmann-Brauns hatte gesagt, man müsste jetzt noch mal darüber nachdenken. Wir können heute darüber abstimmen oder das vielleicht beim nächsten Mal machen, aber das muss jetzt mal geschehen. Wir können nicht auch noch dieses Jahr vorübergehen lassen, ohne dass wir über diesen Antrag abgestimmt haben. Es sieht auch für die Öffentlichkeit komisch aus, wenn alle Fraktionen immer sagen: Das Anliegen ist richtig, jetzt geht es los, wir machen schon etwas –, aber man dann nicht den Mut hat, das tatsächlich auch in einem Antrag zu einem Beschluss zu bringen.

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Otto! – Bitte, Herr Magalski!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Ich danke auch Herrn Jahn und Herrn Dr. Weißbach sowohl für die Führung vorhin als auch für Einführung jetzt! Es ist interessant, was sich an diesem Ort der kulturellen Bildung tut, der für uns alle, aber gerade auch für die Generation, die selbst nicht miterlebt hat, was damals passiert ist und welche Schrecken durch dieses Regime entstanden sind, von Bedeutung ist. Hier einen lebendigen Lernort zu entwickeln, das wäre für uns eine schöne Sache, und es wäre gut, wenn so etwas an diesem zentralen Ort innerhalb Berlins, gar nicht weit vom Ring entfernt, entstehen könnte. Es ist auch uns ein Anliegen, dass wir das hinbekommen – vielleicht mit Hilfe dieses Antrags der Grünen.

Allerdings sehen wir noch nicht, wie die Finanzierung gerade durch die NOVUM-Gelder, die noch ausstehen, mit begünstigt werden kann. Insofern lautet meine Frage, ab wann wir mit den NOVUM-Geldern rechnen können und ob der Senat dazu schon irgendwelche Informationen hat. Wie viel von den 245 Millionen Euro, die aus der Klage gegen die Julius-Bär-Bank generiert werden können, stehen anteilig für das Land Berlin zur Verfügung, um auch hier zu investieren? Die Frage, wie viel Geld wir tatsächlich erwarten können, lässt der Antrag der Grünen offen. Wir hielten eine institutionelle Förderung an dieser Stelle für besser geeignet, weil sie sicherer wäre und wir genau wüssten, was wir haben und machen können. Ansonsten wäre es natürlich schön, wenn wir aus diesen 245 Millionen Euro, die dann am Ende dieser Klage aus den NOVUM-Geldern generiert werden könnten, möglichst viel für die Verbesse-

zung der Situation an diesem Ort hätten. – [Michael Braun (CDU): Sie wissen schon, wie diese Gelder verteilt werden?] – Na ja, die letzten generierten Mittel, die 128 Millionen Euro sind auf die Bundesländer verteilt worden. Aus diesen 245 Millionen Euro, die wir jetzt bekommen, da müssen wir natürlich sehen, dass wir einen möglichst großen Anteil davon bekommen, um das hier in die Tat umzusetzen.

Die 500 000 Euro aus dem Bundeshaushalt sind für die Planung – wie Sie gerade erwähnten – schon gesichert. Wir hoffen, dass die Möglichkeiten hier genau begutachtet werden, dass man schaut, ob da drüben das wirklich das optimale Gelände ist, ob das die optimale Liegenschaft auch für das Archiv ist, das unserer Meinung nach tatsächlich hier hingehört. Denn das gehört zusammen, dass man die Möglichkeiten des kulturellen Lernens auch verbindet und hier einen attraktiven Ort schafft, wie ich es schon erwähnt habe, gerade auch für die Generationen, die das nicht live miterleben konnten.

Unabhängig von der Summe wäre es schön, wenn wir im Doppelhaushalt etwas finden könnten, um das sicherer zu gestalten. Ich wünsche uns allen, dass das gelingen möge.

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Magalski! – Bitte, Frau Lange!

Brigitte Lange (SPD): Vielen Dank! – Ich möchte mich zunächst bei den Vortragenden bedanken. Ich finde es immer wieder beeindruckend, wenn man hierher kommt und einem geschildert wird, was hier an Repressionen stattgefunden hat, und man sieht, dass hier ein kleiner Stadtteil mit der Ausforschung der Bürgerinnen und Bürger beschäftigt war.

Ein Schwerpunkt dieses Ortes sollte die Sicherung der Havemann-Gesellschaft sein. Das ist erst mal das Archiv, und dazu gehört, dass Sie auch andere Räume bekommen. Das ist ja ganz klar. Wir haben uns schon vor vielen Jahren Ihre Räume in Prenzlauer Berg angeguckt, und seitdem versuchen wir, neue Räume zu finden. Wir unterstützen es sehr, dass Sie ein ausreichendes Raumangebot bekommen. Und wichtig finden wir es auch, dass die Ausstellung hier gezeigt wird. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, dass diese Ausstellung, nachdem sie auf dem Alexanderplatz gezeigt worden war, nicht verschrottet wurde. Für mich selbst ist diese Ausstellung immer noch das eigentliche Symbol der Einheit, aber gut, das sollte nicht sein. Deswegen freue ich mich, dass sie jetzt hier aktualisiert gezeigt wird.

Ich habe noch eine Frage an Herrn Jahn: Es ist eine Expertenkommission eingesetzt worden, die ihre Ergebnisse im Jahr 2016 vorlegen wird. Welches sind die im Stasi-Unterlagen-Gesetz verankerten Aufgaben der BStU? Wie verhalten sich diese Aufgaben zu dem sogenannten Campus für Demokratie, den Sie gern planen wollen? Es ist ja ganz offen, wie es ab 2019 mit der BStU weitergeht. Deshalb interessiert mich, wie Sie das sehen.

Noch mal: Für uns ist wichtig, dass die Havemann-Gesellschaft gesichert wird.

Als letzten Punkt – zum Antrag der Grünen: Wir haben die gute Tradition, dass wir, wenn wir eine Anhörung zu einem Antrag haben, erst die Anhörung auswerten und dann entscheiden. Herr Otto! Ich bitte Sie, sich darauf einzulassen, und dann können wir in einer der nächsten Sitzungen darüber entscheiden.

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Frau Lange! – Das war unsere erste Fraktionsrunde. Jetzt gebe ich erst mal dem Senat das Wort. – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Michael Müller: Vielen Dank! – Herr Renner wird noch auf einige Details eingehen. Ich möchte nur deutlich machen, dass wir uns offensichtlich in Bezug auf die Bedeutung dieses Ortes einig sind. Herr Jahn hat das hervorragend formuliert, mit dem Ort der Repression und der Revolution. Das ist mit Sicherheit einer der wenigen authentischen Orte in Berlin, die wir so in dieser Komplettheit noch haben, um diesen Teil unserer Geschichte deutlich zu machen. Das entsprechend zu pflegen und zu würdigen ist, glaube ich, unser aller Anliegen. Das sehen wir auf jeden Fall auch als wichtige Aufgabe an. Das Land Berlin hat sich ja auch schon im Rahmen der Open-Air-Ausstellung engagiert. Rund ein Viertel – es sind ungefähr 250 000 Euro – steuern wir dazu bei, dass das möglich ist.

Insgesamt wird sich jetzt auch der Bund noch einmal mit dem Konzept „Campus der Demokratie“ auseinandersetzen müssen und sicherlich auch wollen, und dann wird man sehen, wie es mit diesem Campus weitergeht, welche Anforderungen es dann auch für das Land gibt und welche Aufgaben wir dann übernehmen wollen und können. Ich halte es erst einmal für wichtig, dass es auch auf dieser Ebene weiterdiskutiert wird.

Unstrittig ist, dass das Archiv im Moment unter untragbaren Umständen untergebracht ist, aber hier ist deutlich auch eine Aufgabe des Bundes zu sehen. Es geht um die DDR-Opposition, und der Bund selbst hat das offensichtlich auch so eingeschätzt, dass das eine Bundesaufgabe ist, weil im Koalitionsvertrag vorkommt, dass man diesen Ort weiterentwickeln will – als einen Ort der Aufklärung über Diktatur und Widerstand. Insofern ist es gut und richtig, wenn wir auch in diesem Sinne die Gespräche in Bezug auf die Finanzierung dieses Ortes suchen.

Wir wollen das auch machen im Rahmen des Hauptstadtfinanzierungsvertrages. Die Verhandlungen dazu beginnen jetzt auch. 2017 brauchen wir die entsprechenden Regelungen, aber da muss das eine Rolle spielen. Wir haben ja mehrere Dinge, die wir auch mit dem Bund zu klären haben. Das ist die East Side Gallery, es ist das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit Niederschöneweide, es ist dieser Ort hier. Wir haben mehrere Punkte, wo wir sagen, wir brauchen eine ganz klare Zuordnung und Zuständigkeit zwischen Bund- und Landesebene, und das sind auch einige Punkte zu klären. Das wollen wir und werden wir auch im Rahmen dieses Hauptstadtfinanzierungsvertrages machen.

Ich will hier nur noch mal etwas zu der Immobiliensituation sagen, weil wir jetzt hier auch unsicher waren. Offensichtlich kommt diese Vorlage hier vom Haus und nicht aus der Kulturverwaltung. Vielleicht gibt es da auch einfach ein Missverständnis. Es ist richtig, dass das, was für die Havemann-Gesellschaft jetzt für das Archiv besonders wichtig ist, diese Häuser 12 und 14 – das ist mein Kenntnisstand –, dass die sich im Landesbesitz befinden und im Moment im Liegenschaftsfonds sind. Aber nur weil die Immobilien da sind, heißt das nicht, dass die im Verkaufsprozess sind. Wir haben das auch noch mal abgefragt. Da wird im Moment kein Verkauf betrieben, und wir werden da auch noch mal nacharbeiten und werden das deutlich an den Liegenschaftsfonds vermitteln, dass da nichts umgesetzt werden soll, weil wir eben erst mal diese ganzen Gespräche führen wollen. Es macht keinen Sinn, sich über Finanzierungen und über Konzepte und alles Mögliche auszutauschen, wenn parallel die Immobilien verkauft werden. Darauf werden wir Einfluss nehmen, das ist ganz klar, aber ich glaube, da sind Sorgen vielleicht im Moment auch unbegründet. Nur weil das beim Liegenschaftsfonds ist, heißt das nicht aktueller Verkaufsprozess. – Dann mache ich erst mal einen Punkt.

Vorsitzender Frank Jahnke: Herr Staatssekretär, gibt es Ergänzungen? – Nicht nötig? – Okay. – [Sabine Bangert (GRÜNE): Zu den Eigentumsverhältnissen Parkplatz vielleicht noch mal!] –

Regierender Bürgermeister Michael Müller: Parkplatz? – [Sabine Bangert (GRÜNE): Da soll die Open-Air-Ausstellung hin!] – Das habe ich jetzt nicht drauf.

Vorsitzender Frank Jahnke: Gut, das können Sie dann auch nachliefern! – Ich wollte jetzt ohnehin den Anzuhörenden wieder die Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Diesmal wird Herr Dr. Weißbach beginnen. – Bitte schön!

Dr. Olaf Weißbach (Geschäftsführer der Robert-Havemann-Gesellschaft e. V.): Zwei Punkte: Wir haben seitens der BKM den eindeutigen Auftrag, die Ausstellung auf der Fläche zu etablieren, die wir mit unserem Planungsgutachten eingereicht haben. Das heißt, es ist die Fläche, die dem Bund gehört, und zusätzlich die Fläche, die bisher dem privaten Investor gehört. Da haben wir die klare Aussage, wir sollen sozusagen die große Fläche bespielen. Ob der Bund das jetzt gekauft hat oder gemietet hat, das entzieht sich meiner Kenntnis, aber wir haben das mehrmals nachgefragt und auch schriftlich bekommen, und wir sollen die Ausstellung auf die große Fläche planen. Das ist der eine Punkt, zu dem ich etwas sagen will.

Vorhin wurde gesagt: NOVUM-Gelder. – Ich finde es richtig, die Augen darauf zu haben, was mit diesen NOVUM-Geldern passiert. Aber ich bitte Sie um eine Sache: Wenn von den NOVUM-Geldern die Rede ist, kann das nicht ein Argument dafür sein, sich jetzt zurückzu-

lehnen und zu denken: Die Finanzierung ist gesichert, das wird alles mit den NOVUM-Geldern bestritten. – Wir wissen nicht, wann diese Gelder kommen und ob die überhaupt jemals kommen. Aus meiner Perspektive kann ich natürlich sagen: So lange kann die Robert-Havemann-Gesellschaft mit ihrem Archiv nicht warten, bis irgendwann diese NOVUM-Gelder kommen. Das halten wir nicht durch.

Vorsitzender Frank Jahnke: Gut! – Dann Herr Jahn, bitte!

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – BStU –): Danke, Herr Vorsitzender! – Als Erstes die Frage zur Expertenkommission. Der Deutsche Bundestag hat zur Zukunft der Aufgaben des BStU eine Expertenkommission eingesetzt, die bis zum Frühjahr 2016 Vorschläge erarbeiten soll, wie in Zukunft die Aufgaben erledigt werden. Die Betonung liegt auf dem Wie. Die Frage des Ob steht nicht, sondern es geht immer um das Wie, um die Frage, in welchen Strukturen die Aufgaben wahrgenommen werden. Im Einsetzungsantrag wird extra darauf verwiesen, dass historische Bildung und Forschung weitergehen, dass der Aktenzugang weiter da sein soll, dass die Akten weiter genutzt werden, dass internationale Kooperationen beachtet werden sollen. Das heißt, all die Aufgaben, die wir jetzt erfüllen, sollen weitergehen, die Frage ist nur, welcher Träger das tut.

Sie kennen alle die Diskussion um die Frage Bundesarchiv, die Frage Bundeszentrale für politische Bildung usw. Das sind alles Bundeseinrichtungen. Wir sind eine Bundeseinrichtung, und es ist ganz normal, dass der Bund überlegt, wie er das effektiv organisieren kann, wie er die Mittel bestmöglich einsetzen kann und wer der richtige Träger dafür ist. Aber eins ist dabei auch sicher geworden in der Diskussion – das ist durch einen Bundestagsbeschluss zum Stand der Aufarbeitung von 2013 schon deutlich geworden –, dass da auch die Aufgabe gestellt worden ist, den „Campus für Demokratie“ zu entwickeln, mit zu unterstützen. Und auch in der Koalitionsvereinbarung ist noch mal betont worden, dass dieses Gelände hier weiter genutzt werden soll als ein Ort der Aufklärung über Repressionen und Widerstand.

Das heißt, egal, welches Türschild draußen dranhängt, dieses Archiv wird hier bleiben. Das ist damit schon vom Bundestag klar und deutlich auf den Weg gebracht worden. Zusätzlich ist extra noch im Einsetzungsantrag für die Expertenkommission erklärt worden, dass es um die konzeptionelle und räumliche Nutzung des authentischen Standortes Normannenstraße unter Einbeziehung der bisher genutzten Standorte und anderer auf die Aufklärung der SED-Diktatur bezogenen Orte geht. Natürlich haben solche Kommissionen auch immer einen größeren Blick. Es geht um Aufarbeitung insgesamt. Es geht um die Frage, wie wird mit Hohen Schönhausen kooperiert, wie wird mit der Gedenkstätte Mauer kooperiert. Auch das sind Berliner Fragestellungen, die hier mit eine Rolle spielen. Darüber soll sich die Expertenkommission Gedanken machen. Entscheiden wird der Deutsche Bundestag, nicht die Expertenkommission. Und in der Hinsicht ist eine gute Abstimmung mit Berlin auch immer hilfreich, gerade wenn es um Eigentumsfragen und die Nutzung von Liegenschaften geht.

Nun kann man wirklich lange über die Entwicklung in den letzten 25 Jahren jammern. Das, was Sie hier bekommen haben, das ist eine Ausarbeitung von Stadtbau, die sich hier im Rahmen der Stadtentwicklung schon einige Gedanken gemacht haben, auch zur Frage, wie das Gelände genutzt werden kann, damit es halt nicht irgendwann verfällt oder sonst was, sondern dass es hier wirklich lebendig wird. Stadtbau hat u. a. natürlich den Ort als Erinnerungsort im

Blick, aber – dann im zweiten Ring sozusagen – auch den Blick auf Stadtentwicklung, und das muss man halt immer zusammen betrachten: Der Ort des Erinnerns und das, was an Stadtentwicklung hier möglich ist, weil es auch zusammengehört. Denn es ist gerade die Chance, dass Stadtentwicklung sehr positiv stattfindet, wenn hier ein gut funktionierender Ort des Erinnerns da ist und auch ein Ort, der sich nicht nur sozusagen mit dem Leid der Vergangenheit beschäftigt, sondern auch gerade mit der Überwindung des Leids. Und deswegen sind die Ausstellung und das Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft hier sehr wichtig.

Wir haben bewusst dieses Haus 22 – das ist das ehemalige Offizierskasino – als einen Ort jetzt mit in den Blick genommen, wo Kommunikation stattfinden soll. Und dieses Haus wird vom Bund gekauft. Die Verhandlungen sind noch im Gange, und das ist immer nicht so einfach, wie viele wissen. Und da hängt dann auch der Parkplatz zur Hälfte mit dran, aber das sind Verkaufsverhandlungen, die müssen wir jetzt hier nicht kommentieren. Wenn sie abgeschlossen sind, dann wird die Information gegeben, und dann geht die nächste Etappe voran. Dazu muss man auch noch sagen, dass das Ensemble hier im Innenring unter Denkmalschutz gestellt worden ist. Auch das ist nicht unwichtig, gerade das so zu nutzen, auch mit dem Aussehen, wie es hier vorhanden ist, und dass darauf geachtet wird, dass hier nicht zu viele Veränderungen stattfinden in diesem Innenring – Haus 22, Haus 7, da, wo der Archiveingang ist, und dieses Haus 1 hier, wo wir uns gerade drin befinden.

Zur Frage, wo die Havemann-Gesellschaft unterkommen kann: Natürlich ist die Liegenschaft Berlin vielleicht das preisgünstigste für das Land Berlin. Trotzdem die Frage: Archivwürdig? Wir wissen ganz genau, wie wichtig das ist, durch unser eigenes Archiv, aber das Zweite ist: Wie funktioniert dann das Gelände? – Auch das muss man mit beachten. Da vorne am Eingang ist da durchaus eine Chance, aber auch hier im Innenring ist eine Chance. Zurzeit steht hier der ganze nächste Flügel noch leer. Der ist Bundeseigentum. Das Haus 22 ist auch ein Haus, was von mehreren Anbietern auf dem Gelände genutzt werden kann – als Bundeseigentum. Das muss man mit betrachten. Das muss man ganz in Ruhe abwägen, wenn das in Bundeseigentum überführt worden ist, wie man da weiter vorgeht. Auf alle Fälle ist es für uns wichtig, dass hier mit der Havemann-Gesellschaft der nächste Schritt getan wird, um das Gelände weiterzuentwickeln. Ob es dann noch weitere Schritte gibt, das muss man dann immer sehen. Wenn etwas Gutes irgendwo anfängt, folgen dann andere, und ich habe auch kein Problem damit oder fände das gut, wenn z. B. Amnesty International hier ein Büro hätte oder sonst was. Hier kann sich etwas entwickeln.

Ein Satz noch, weil das mit dem Namen angesprochen worden ist – „Campus für Demokratie“. Am Ende ist der Name nicht das Bedeutendste, aber ich habe mich auch leiten lassen von den Leuten, die das Gefängnis in Cottbus gekauft haben. Die ehemaligen Insassen haben das Gefängnis in Cottbus gekauft, wo sie drin saßen, und haben daraus ein Zentrum für Menschenrechte gemacht. Das ist nämlich die Botschaft an die nächsten Generationen: Nach vorne zu schauen und zu sagen, was die Lehren aus dem sind, was wir erlebt haben, und dann zu sagen: Ja, wir schauen nach vorne, deswegen so ein Name! – Da kann man durchaus darauf aufbauen, um dann wirklich das alles zusammenzubinden: Repressionen, Revolutionen und Aufarbeitung. – Danke schön!

Vorsitzender Frank Jahnke: Vielen Dank, Herr Jahn! – Dann kommen wir in die zweite Runde. Herr Freymark, nun sind Sie dran! – Bitte schön!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch allen Gästen heute, allen Abgeordneten, dass Sie den Weg nach Lichtenberg gefunden haben! Ich bin Lichtenberger Abgeordneter und habe die Ehre und die Verpflichtung zugleich, die Region vertreten zu dürfen. Wenn Sie hier rausschauen, sehen Sie ja nicht nur so ein tristes Wetter, sondern tatsächlich auch Betonruinen. Warum Ruinen? Es sind eben 80 Prozent leerstehend. Wir haben hier zigtausende Quadratmeter, die ungenutzt sind in einer Stadt, die pulsiert, die sich entwickelt und die auch danach düstert, dass Entwicklungen stattfinden. Ein Bezirk, der durchaus mit Stigmatisierungen in den letzten Jahrzehnten zu kämpfen hatte, ist hoffnungsfroh, ist hoffnungsvoll – damals mit dem Bürgermeister Geisel, der immer ein großer Unterstützer war. Sei es Herr Drieselmann, Herr Jahn, Herr Dr. Weißbach, Herr Ebert, all diejenigen, die einen guten Job in dem Bereich machen, in dem sie aktiv sind, haben immer auch die Unterstützung der lokalen Politik fraktionsübergreifend genossen.

Jetzt sind wir auf einer Ebene angekommen, wo es um mehr geht, wo es um die Weiterentwicklung geht, und wir wollen einen Ort beleben, den ich Ihnen ganz kurz beschrieben habe. Durch einen Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist das teilweise geschehen. Da wurde ein Signal gesetzt. Da wurde ein Zeichen gegeben, was man hier machen will.

Politisch wurde schon etwas entschieden, nämlich diese Region zu einem Sanierungsgebiet zu machen. Ein Sanierungsgebiet ist nicht ein Bekenntnis auf dem Papier, sondern es wird – das weiß Herr Müller noch besser als viele andere – mit vielen Millionen Euro unterlegt, um eine Region zu entwickeln. Hier wurde eine Stadtbaugesellschaft mit involviert, die die Aufgabe hat, Vorschläge zu machen, und die düstert danach, dass Politik ihr auch Signale sendet. Da gibt es Pläne – reißt man diese Plattenbauten ab, halbiert man sie, baut man hier Dinge um –, all diese Pläne sind in der Schublade, sind bereits ausgearbeitet mit dem Ziel, dass politisch Verantwortung übernommen wird. Und wir versuchen es.

Der beste Beweis ist die Robert-Havemann-Gesellschaft. Ich habe sie kennengelernt mit ihrer Leidenschaft, mit ihrem Engagement in einem Hinterhaus in Pankow, wo ich mich gefragt habe: Mensch, wo haben die denn eigentlich ihr Archiv? Wo ist denn das? – Und dann habe ich festgestellt, dass hier so viel Platz ist, hier so viel belebbar ist und hier ist so viele Möglichkeiten sind, und wenn Sie selber sagen, dass Sie hierhin wollen, dann kann die Politik nicht sagen: Na ja, mal gucken! –, sondern da müssen wir sagen: Ihr Wunsch ist unser Ziel. – Das ist etwas, was wir uns als CDU-Fraktion auf die Fahne geschrieben haben. Deswegen haben wir schon vor einem Jahr bei der Fraktionsklausur in München das Bekenntnis abgegeben, wo wir gesagt haben: Ja, wir bekennen uns zu diesem Ort, ob es „Campus für Demokratie“ oder „Campus der Demokratie“ heißt. Wenn am Ende ein anderer Name steht als Kompromiss, ist das auch tragfähig, aber wir wollen ein Bekenntnis zu diesem Ort und zu der Entwicklung an diesem Ort.

Der Bürgertag, der vor einigen Monaten hier stattgefunden hat, der war doch ein lebender Beweis. Ich weiß nicht, wer von Ihnen da war, aber wenn Sie es gesehen haben, wie viele Menschen hier unterwegs waren, die diesen Ort auch anders wahrgenommen haben, die hier das Leben wahrgenommen haben, die die Möglichkeit hatten, diesen Ort so kennenzulernen, das war beeindruckend. Und da auch einen großen Dank an all diejenigen, die hier auch gerade bei uns sitzen, die das mit initiiert haben!

Kommen wir zu der Kritik von Herrn Otto. Herr Otto und ich stimmen uns regelmäßig ab bei dem Thema, weil es uns beiden, glaube ich, wichtig ist, und er hat recht. – [Dr. Gabriele Hiller (LINKE): Herr Otto?] – Frau Hiller, Sie bisher nicht. – Das ist etwas, das gehört eben zur Wahrheit dazu. Natürlich gibt es auch Koalitionszwänge. Es gibt Themen, da hat die SPD mal etwas vor, und da blockt die CDU. Und da ärgern sie sich zu Recht drüber. Und manchmal ärgern wir uns als CDU eben auch, dass vielleicht an anderer Stelle geblockt wird. Ich will einfach nur sagen, da bin ich Ihnen auch dankbar, insbesondere Frau Lange, die vor vielen Monaten schon den Weg hierher gefunden hatte und sich das mal angeschaut hatte. Herr Dr. Swiderski (phonet.) war dabei. Es war ein gutes Gespräch, und Sie haben das auch auf sich wirken lassen. Lassen wir auch den Fraktionen, die hier dabei sind, mal die Zeit, die Anhörung auszuwerten, das mal auf sich wirken zu lassen, diese Gespräche, dieses Gefühl für diesen Ort, und ich bin hoffnungsfroh, dass es uns gemeinsam gelingt, mindestens doch ein Bekenntnis abzugeben – das sollte uns doch gelingen –, dass wir wollen, dass sich in Berlin, in Lichtenberg, in dieser Region für die Menschen etwas bewegt.

Deswegen auch der Hinweis noch mal, dass Senator Müller, jetzt Bürgermeister Müller, damals unterstützt hat, dass es einen Antrag gibt für die nationale Städtebauförderung. Das war dann auf Platz 2 am Ende vom Ranking her. Flussfahrt war den Leuten anscheinend im Bund einen Tick wichtiger. Das ist ärgerlich, aber ich weiß, dass Sie damals schon die Initiative ergriffen haben. Wir haben Sie vor vielen Monaten auch schon mal in einer Klausur auf das Thema angesprochen, und Sie waren offen. Und ich hoffe, Sie behalten sich diese Offenheit. Herr Renner nimmt die auch ein bisschen mit. Bei Herrn Geisel weiß ich, dass sie da ist. Deswegen meine Hoffnung! Seien Sie nicht allzu böse auf diejenigen, die noch ein bisschen Zeit bei dem Thema brauchen, und seien diejenigen, die noch Zeit brauchen, offen genug, um das zuzulassen, dass wir gemeinsam hier etwas entwickeln!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Freymark! – Jetzt Herr Brauer, bitte!

Wolfgang Brauer (LINKE): Das war jetzt eine beeindruckende Rede, Herr Kollege! – [Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU): Das habe ich auch angekündigt! – Danny Freymark (CDU): Er hat es eingeleitet! – Heiterkeit] – Herr Dr. Lehmann-Brauns, Sie wollten ja mit leicht putschistischen Methoden die Federführung an sich reißen. Das war was ganz anderes. – Die Vision des „Campus für Demokratie“, die Herr Jahn hier aufgeblättert hat, ist schon eine sehr schöne, finde ich. Dieser Ort kann das auch vertragen, wobei ich so ein bisschen im Zweifel bin, ob dieses gewaltige Areal insgesamt – – Aber vielleicht kommt noch so ein Goldregen über Berlin und den Bund. Das kann alles sein, aber man muss anfangen und darf sich da nicht beirren lassen.

Andererseits darf man aber auch das naheliegende Kleine dabei nicht vergessen, denn sonst ist die Spree plötzlich weggeflossen, und man steht irgendwie komisch da. Das Wasser ist weg. Was meine ich? – Erstens: Einmalig fließende Gelder – [Zuruf von Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU)] – Ja, die floss auch schon rückwärts. – [Michael Braun (CDU): Die Spree ist weggeflossen – das ist ein schönes Bild!] – Ja, Herr Braun! Und wir wissen nicht, was die Herrschaften da in der Lausitz alles noch für Löcher buddeln. – Einmalig fließende Gelder können nur einmal ausgegeben werden. NOVUM und andere Sondertöpfe, auch Projektmitel! Es wird gerne sowohl durch den Senat als auch seitens der Bundesregierung auf Projektöpfe verwiesen. Das sind immer einmalige Sachen. Dann sind sie ausgegeben und sind weg.

Wenn ich aber politisch will, dass eine Institution, ob groß oder klein, auf Dauer arbeiten kann, dann muss ich mich auch um nachhaltige Finanzierungsstrukturen bemühen. Und das sind nicht einmalige Mittel, das sind auch nicht irgendwelche Projekttöpfe, das können und dürfen auch nicht Lotto-Mittel auf Dauer sein, sondern es kann eigentlich nur eine Verortung im Haushalt sein. Und da wird es jetzt problematisch. Wir haben hier heute eine Menge wohlklingende Worte gehört, tolle politische Absichtserklärungen. Das kann man eigentlich alles unterschreiben. Es wird nur dann peinlich, wenn diese tollen Absichtserklärungen im Sande des Alltags versiegen und zerbröseln.

Es geht hier, was die mögliche Förderung und die gewünschte Förderung – von uns auch gewünschte Förderung – der Arbeit des Archivs durch die Übernahme der laufenden Kosten anbelangt, um einen Betrag für das Land Berlin – und jetzt sage ich es ganz langsam, Herr Dr. Weißbach korrigieren Sie mich, wenn ich jetzt die falsche Zahl greife – in Höhe von etwa 225 000 Euro mit Stand vom Juni 2014. Das war eine Vorlage, die der damalige Regierende Bürgermeister und Kultursenator Herr Wowereit unterzeichnet hat. Es geht hier nicht um 200 Millionen Euro. Es geht hier nicht um die Entwicklung eines riesigen Areals. Es geht zunächst mal um 225 000 Euro. Nicht mehr! Plus noch mal 225 000 Euro des Bundes.

Nun kann man natürlich in einer ziemlich kleinkrämerischen Debatte – Haushaltsberatungen sind immer sehr kleinkrämerisch – das alles zerreden und kriegt dann plötzlich einen Schreck. Nun wird es wieder skurril, CDU-Kollegen werden das mit Merkwürden sozusagen feststellen, wenn ausgerechnet jemand von der Linken sich hinter die Bundesstaatsministerin stellt, hinter ihren politischen Ansatz. Frau Grütters hat eindeutig noch mal darauf hingewiesen – ich zitiere wieder aus der angeführten Vorlage vom Juni 2014 –,

dass es bewährte Förderpraxis in der Erinnerungspolitik sei, dass ‚die anteilige Zuwendung des Bundes 50% der Summe der Förderung des Bundes und des jeweiligen Sitzlandes nicht überschreiten darf.‘

Das ist eine gute Regel und gute Praxis in dieser Republik und auch in diesem Land Berlin. Und ich weiß nicht, weshalb das jetzt plötzlich wegen dieser vergleichsweise kleinen Summe von 225 000 Euro über Bord geworfen werden soll und Sie hier riskieren, gewissermaßen die gesamte bisherige Förderpraxis in der Erinnerungspolitik aufs Spiel zu setzen. Das wäre ein Präzedenzfall. Wenn ich einmal eine Fensterscheibe zerschmeiße, dann kann ich es ja gleich noch mal machen. – [Zuruf von Staatssekretär Tim Renner (SKZl-Kult)] – Herr Renner, dann bekennen Sie sich doch bitte zu diesem Ansatz, der von Ihnen auf anderen Feldern auch mitgetragen wird! Dann machen Sie es doch einfach! Und es geht hier wirklich nicht um 200 000 Millionen Euro, es geht um 225 000 Euro.

Herr Freymark! Die Haushaltsberatungen stehen kurz bevor, wir haben nicht mehr allzu viel Zeit. Im Herbst sind die Messen gesungen, und versuchen Sie bitte einfach mal, angesichts der Fragilität von Koalitionsstrukturen – ich weiß, wovon ich rede – dann so kurz vor Weihnachten noch mal so locker-flockig eine Viertel Million Euro rauszuschneiden. – [Michael Braun (CDU): Bis Weihnachten sind noch 10 Monate hin!] – Eben! Jetzt! Sie haben nicht viel Zeit, hier noch zu prüfen und, wie es Herr Dr. Lehmann-Brauns wollte, hier noch mal sozusagen zu gucken. – [Zurufe] – Dann machen Sie es! Dann machen Sie es einfach! 225 000 Euro! – [Danny Freymark (CDU): Ich weiß Sie jetzt an unserer Seite!] –

Vorsitzender Frank Jahnke: Okay, bitte versuchen Sie die Zwiesgespräche zu vermeiden! Wir müssen, weil wir auch die anderen Punkte noch auf der Tagesordnung haben, die noch ihre Würdigung finden sollen, auch ein bisschen auf die Zeit schauen. Ich sage jetzt einfach mal, wie die Redeliste bislang aussieht, und ob sich noch jemand melden möchte, sonst würden wir sie jetzt schließen. Ich habe jetzt Frau Lange, Herrn Otto, Herrn Magalski und Herrn Lehmann-Brauns auf der Redeliste. Gibt es weitere Wünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Redeliste hiermit geschlossen, und Frau Lange hat das Wort. – Bitte!

Brigitte Lange (SPD): Ich bin jetzt ein bisschen erstaunt, weil ich meine, der Regierende Bürgermeister hätte vorhin schon gesagt, dass da genau diese Verhandlungen auch mit dem Bund laufen hinsichtlich der 50-prozentigen Finanzierung. Deswegen bin ich jetzt etwas irritiert. Die Vorhaben der Erinnerungskultur werden laut Gedenkstättenkonzept hälftig finanziert, und insofern sind wir da auf einem guten Weg. Wir haben erst Februar. Bis Dezember ist noch eine Weile hin. Bis dahin kann man noch 225 000 Euro finden.

Ich will noch mal betonen, wie wichtig ich dieses Areal finde, auch weil es ein authentischer Ort ist, wo man wirklich auch noch gefühlsmäßig die Repression nachvollziehen kann. Es ist aber auch ein großes Vorhaben, an dem man sich leicht verheben kann. Deswegen frage ich jetzt einfach noch mal – nehmen Sie mir das bitte nicht übel, Herr Jahn, denn die Gelegenheit ist günstig, weil wir Sie jetzt auch mal hier haben –: Wie stellen Sie sich das im Einklang mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz vor? – Dieses Gesetz schreibt ja lediglich vor, dass die Unterlagen gesichert werden, und es ist nicht die Rede von politischer Bildung oder weitergehenden Aufgaben. Das würde bedeuten, dass dieses Gesetz geändert werden muss, oder? Ich frage jetzt einfach mal nach, weil ich es nicht weiß.

Und ich finde schon, dass wir trennen müssen zwischen dem „Campus der Demokratie“ oder „Campus für Demokratie“ und dem, was für die „Havemänner“ wichtig ist. Dies, finde ich, sollte Priorität haben. Im März findet ja wohl eine Begehung hier statt, wo die Räume angeguckt werden, und dann müsste man auch feststellen, ob die Räume geeignet sind oder ob sie nicht geeignet sind, und dann weiter entscheiden.

Im Übrigen finde ich auch, dass der ganze Komplex auch ein Thema für die Stadtentwicklung ist. Wir können nicht als Kulturausschuss hier allein über die Verwendung oder den Ausbau dieses Areals entscheiden, sondern da müssen die Stadtentwicklungspolitiker mit gehört werden.

Also, Herr Jahn, ich würde mich sehr freuen – denn es ist ein großes Vorhaben, und wir wollen ja nichts falsch machen –, wenn Sie diese Fragen beantworten könnten.

Vorsitzender Frank Jahnke: Herr Otto, bitte!

Andreas Otto (GRÜNE): Nichts falsch machen, ist immer richtig. Vielleicht kann man da aber ganz gut anschließen. Ich hatte vorhin den Regierenden Bürgermeister gefragt, ob es irgendwie einen Zeitplan, eine zeitliche Vorstellung des Senats gibt. Und Sie haben das, glaube ich, Frau Lange, jetzt ganz richtig gesagt. Hier ist noch viel nötig. Es gibt eine Vision, und es gibt ein paar Ideen, aber es ist noch viel nötig an Entwicklung. Man muss sich Gedanken machen, was da zusammenpasst, was man mit den vielen Flächen machen kann, welche Nutzer sich anbieten. Aber genau das ist die Aufgabe, die vor uns allen liegt. Und die können wir

auch nicht Herrn Jahn alleine überlassen, sondern da ist Berlin gefragt, da ist der Senat gefragt, da sind wir als Parlament gefragt, zu sagen, wir wollen das, und wir sind bereit, da Gehirnschmalz und auch Geld zu investieren. Das ist die Frage, die hier heute im Raum steht.

Das ist ein Ort, der für Lichtenberg interessant ist – das haben Lichtenberger Abgeordnete gesagt –, der ist für ganz Berlin interessant und für die Bundesrepublik allemal. Und wenn man das will, dann müssen wir auch als Land Berlin sagen, wie viel wir da an Geld bereit sind dazugeben, wie viel wir an konzeptioneller Arbeit zuzugeben bereit sind und – nicht zuletzt – wie viel wir auch an eigenen Immobilien, die hier zweifelsohne noch vorhanden sind, bereit sind für diese Nutzung speziell herzugeben oder auch auszustatten.

Herr Müller! Ich hatte vorhin, nur nebenbei, das Gefühl, Sie waren auch überrascht, wie viel Berlin hier noch gehört und dass es eventuell doch schon beim Liegenschaftsfonds auf der Liste steht, aber ich habe gerne gehört, dass Sie das jetzt zur Chefsache machen werden und dafür sorgen wollen, dass da nicht noch etwas verkauft wird.

Um eine Klarstellung würde ich noch bitten. Frau Lange und ich haben etwas unterschiedlich verstanden. Frau Lange hat verstanden, dass für das Archiv der Opposition, was hierherkommen soll, eine Fifty-fifty-Finanzierung mit dem Bund in Verhandlungen ist. So hat es Frau Lange verstanden, wenn ich sie richtig widergegeben habe. Ich habe verstanden, dass Ihre Position ist: Wir wollen möglichst alles beim Bund angesiedelt sehen, und der soll alles finanzieren. – Wenn Sie das bis morgen hinbekommen, wäre das sehr schön, aber ich glaube nicht daran. Vielleicht können Sie das einfach noch mal klarstellen. Wird hier über eine Fifty-fifty-Finanzierung verhandelt, und wie ist denn da eigentlich der Stand?

Zu dem vorhin schon erwähnten Hauptstadtvertrag oder Kulturvertrag würde ich es, ehrlich gesagt, nicht mit reinpacken wollen, denn der wird das nächste Mal für 2018 verhandelt. Wir müssen uns jetzt irgendwie etwas überlegen, nicht zuletzt für das Archiv, und da können wir das nicht als Argument verwenden – ähnlich wie das Argument mit der Kommission –, um zu sagen, man müsste erst mal abwarten. Wir warten ja alle schon sehr lange. Der Kollege Brauer hat dazu etwas gesagt. Herr Freymark hat vorhin gesagt, dass er sich mit mir immer abstimmt. Da fühle ich mich geehrt. Aber der muss sich ja auch eigentlich mit der SPD abstimmen, weil Sie ja die Koalition sind, und vielleicht können Sie das auch irgendwie voranbringen.

Letzter Punkt: Die NOVUM-Gelder, die hier drinnen stehen. Wenn man das genau liest, dann steht hier: Der Berliner Anteil an den notwendigen Investitionen – also Investitionen, einmalige Sachen. Da haben wir als einen Vorschlag hier benannt, dass man da die sogenannten NOVUM-Gelder verwenden könnte. Das setzt voraus, dass man welche bekommt. Das wissen wir nicht. Und es setzt voraus, dass man das möchte. Wir können diesen Satz hier auch rausnehmen, um die Verwirrung vielleicht ein bisschen rauszunehmen. Uns ging es nur darum, dass wir in der Vergangenheit erlebt haben, dass diese NOVUM-Gelder von Berlin dankbar vereinnahmt wurden, dass man deren Verwendung aber eigentlich nie angesehen hat, wo die herkommen, und dass die für Dinge verwendet werden sollen, die der Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte dient. Das ist unser Interesse, und deswegen haben wir das hier mit aufgenommen. Das muss man hier nicht machen, wenn das zur Verwirrung beiträgt. Wir können das auch weglassen. Uns ist an diesem Antrag wichtig, dass wir als Berliner Parla-

ment sagen: Wir wollen uns an dieser Campus-Idee beteiligen, und wir wollen auch, dass als ein Berliner Element das Archiv der Havemann-Gesellschaft hierherkommt. – Danke schön!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Otto! – Herr Magalski, bitte schön!

Philipp Magalski (PIRATEN): Vielen Dank! – Unabhängig davon, dass ich Pankower Abgeordneter bin, liegen mir natürlich die Wertigkeiten aller Bezirke in Berlin am Herzen. Ich bin natürlich dafür gewählt, dass wir in ganz Berlin Möglichkeiten schaffen und dass eben auch hier die Aufwertung dieses Areals möglich gemacht wird. Das kann natürlich nicht nur durch den „Campus der Demokratie“, sondern auch durch andere Nutzungen möglich gemacht werden. Die Piratenfraktion hat unlängst einen Auftrag zur Prüfung für einen Standort der ZLB dem Senat nahegelegt. Deshalb wäre meine Frage noch mal an Herrn Jahn: Wie viel Quadratmeter Leerstand können wir denn wirklich hier insgesamt quantifizieren? – Damit hätten wir vielleicht mal ein Übersicht: Was steht hier wirklich alles leer? Welche Möglichkeiten der Entwicklung haben wir hier tatsächlich eben nicht nur für die Havemann-Gesellschaft? – Für die primär ja, natürlich! Aber gibt es auch andere Möglichkeiten der Aufwertung dieses Areals?

Da darf es keine Denkverbote geben. Die ZLB sucht einen geeigneten Standort, und deshalb sollten wir nichts unversucht lassen, um einen geeigneten Standort zu finden. Hier in Lichtenberg sind wir relativ zentral, ich habe das gerade schon erwähnt. Das würde auch Herrn Freymark sicherlich entgegenkommen, wenn wir sagen: Wir schaffen hier in Lichtenberg einen wertvollen Ort der Kultur und der Demokratie. – Auf einem „Campus der Demokratie“ kann ich durchaus eine Verbindung mit der ZLB schaffen, denn diese ZLB entwickelt sich gerade auch weiter zu einem Campus, der verschiedene Nutzungsmöglichkeiten miteinander verbindet. Das sollten wir an dieser Stelle, wenn wir größenordnungstechnisch die Möglichkeiten haben, auf jeden Fall prüfen. Deshalb meine Frage: Wie viel Platz haben wir tatsächlich, und an welchen Stellen wäre das möglich – kurze Wege etc. pp.? – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke für die Anregung! – Dann haben wir noch Herrn Lehmann-Brauns. – Bitte schön!

Dr. Uwe Lehmann-Brauns (CDU): Eine ganz kurze Frage. Wir haben eine eindrucksvolle Ausstellung gesehen über die Stasi-Situation. Diese Ausstellung verdanken wir der ASTAK und ihrem Vorsitzenden Herrn Drieselmann. Ich wollte mit Erlaubnis des Vorsitzenden Herrn Drieselmann noch mal kurz nach der Resonanz fragen.

Vorsitzender Frank Jahnke: Herr Drieselmann sitzt ja auch dort. Wir können ihm natürlich auch noch mal das Wort geben, ich möchte aber trotzdem Herrn Jahn zuallererst das Wort geben, weil er, glaube ich, bald in die nächste Veranstaltung muss. – Sie haben noch Zeit? – Gut, dann können wir mit Herrn Drieselmann anfangen. Bitte beantworten Sie die Frage von Herrn Lehmann-Brauns!

Jörg Drieselmann (ASTAK e. V.): Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte, es nicht als Unhöflichkeit aufzufassen, dass ich die Sätze, die ich sagen will, mit einer Korrektur einleite: Lieber Uwe Lehmann-Brauns! Die Ausstellung, die hier im Hause zu sehen ist, ist das Ergebnis eines Kooperationsprojekts unseres Vereins mit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Die Ausstellung wird sehr gut angenommen. Sie zieht in sehr hohem Maße Besucher an. Wenn wir bedenken, dass wir für alle Berliner Museen in der eher besucherschwachen Zeit sind, haben wir, verglichen mit den Jahren zuvor, in diesem Jahr erhebliche Besucherzuwächse zu verzeichnen. Das heißt, es ist heute, knappe drei Wochen nach ihrer Eröffnung, erstens festzustellen: Diese Ausstellung erreicht offensichtlich die Besucher.

Zweitens: Ich habe mir in den vergangenen Wochen regelmäßig die Einträge in den Besucherbüchern angeschaut, und die Einträge sind, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, die sich eher um Praktisches drehen, positiv. Insofern kann ich feststellen: Das läuft alles echt gut. Das ist eine gute Ausstellung geworden, die von den Besuchern angenommen wird, die nach zweieinhalb Stunden Aufenthalt feststellen, man müsse noch einmal kommen, denn ein erster Überblick reiche nicht aus. Das läuft sehr gut.

Wenn ich schon mal das Wort habe: Mich hat es eben ein bisschen gekribbelt, und ich nutze die Gelegenheit – ich weiß, ich gehe über die Frage hinaus –, ausdrücklich Frau Lange zuzustimmen. Ihre Überlegung, dass die Idee des „Campus für Demokratie“ zu einem Teil wenig-

tens etwas anderes ist als die Sicherung der Havemann-Gesellschaft, ist ein richtiger, ein wichtiger Gedanke, denn einerseits ist die Idee des „Campus für Demokratie“ eine große Idee. Sie auszugestalten, sollte man sich auch im Berliner Abgeordnetenhaus die Zeit nehmen, die notwendig ist, um angemessen mit diesem Gedanken umzugehen. Aber diese Zeit hat die Robert-Havemann-Gesellschaft nicht, und insofern ist es vollkommen richtig, zuerst einmal über die Sicherung der Robert-Havemann-Gesellschaft nachzudenken. Herr Brauer sagte es: 225 000 Euro im Jahr sind ein Betrag, der keine unüberwindbare Hürde darstellen sollte. Das ist etwas, über das auch jenseits der notwendigen politischen Diskussionen, die Idee des Campus mit Inhalt zu füllen, heute entschieden werden kann. Ich meine „heute“ natürlich im übertragenen Sinn. Insofern ist mein ganz kleiner persönlicher Appell, die Dinge zwar nicht voneinander zu trennen, aber sich der existenziellen Priorität bewusst zu sein. – Danke schön!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Drieselmann! – Nun aber Herr Jahn – bitte schön!

Roland Jahn (Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – BStU –): Ich will da gleich anschließen: Ich kann das nur unterstützen. Ich muss noch mal betonen: Der Gedanke, ausgehend von dem, was der BStU hier auf dem Gelände macht, diesem Gelände eine Chance zu geben, ist unabhängig von der Frage der Aufgaben des Stasi-Unterlagengesetzes. Ich habe als Bundesbeauftragter eine gesetzliche Grundlage, und auf der Grundlage arbeitet diese Behörde. Das heißt, die Akten zu verwalten, die Akten zur Nutzung bereitzustellen und Aufarbeitung zu gewährleisten. Das beinhaltet auch die Unterrichtung der Öffentlichkeit über Struktur, Methoden und Wirkungsweise des Ministeriums für Staatssicherheit – § 37 Abs. 5. –, das heißt, all das, was hier an Arbeit gemacht wird – Herr Drieselmann hat gerade die Ausstellung erwähnt –, das, was wir beim Bürgertag gemacht haben hier drüben in diesem Haus mit Veranstaltungen und Diskussionen über Staatssicherheit, aber auch über die Frage: Was für Lehren ziehen wir daraus für die Arbeit von Geheimdiensten heute? – usw. Das ist alles eine Arbeit, die durch unseren gesetzlichen Auftrag gesichert ist.

Aber unabhängig davon, wie der aktuelle Auftrag ist: Auch für die Zukunft kann man diesem Gelände nicht einfach sozusagen freien Lauf lassen, sodass hier alles zerfällt. Nicht umsonst ist es unter Denkmalschutz gestellt worden. Das ist eine klare, bewusste Entscheidung gewesen. Zweitens: Nicht umsonst hat der Deutsche Bundestag gefragt: Wie und in welchen Strukturen kann in der Zukunft diese Arbeit abgesichert werden? – Das heißt, für die Arbeit selber ist eine klare Zukunft gegeben. Zu sagen: Hier ist ein Gelände, wo eine Chance besteht –, ist schon 2011 mein Anliegen gewesen, und ich habe 2011 die Einladung ausgesprochen: Kommt hierher und nutzt die Gelegenheit, dass wir schon da sind! – Wir haben hier internationale Gäste, und jedes Mal, wenn ich auf dem Hof stehe, sage ich: Na ja, fahrt mal in die Schliemannstraße ins Archiv der Opposition, da könnt ihr eure Informationen, die ihr von mir kriegen wollt, bekommen! – Das ist doch die Chance zu sagen: Havemann-Gesellschaft hierher mit der Ausstellung, mit dem Archiv! Dann haben wir doch alles beisammen.

In der Hinsicht bin ich dankbar, dass das der erste Schritt ist. Es ist überhaupt immer mit Stadtentwicklung so. Es fängt immer irgendwo etwas an, etwas ist vorhanden, und dann kommen andere dazu. So entwickelt sich ganz Berlin immer wieder. Jede Kneipenmeile entwickelt sich so. Erst ist einer da, der hat erkannt, das ist eine gute Lage, und die anderen sehen: Oh, das hilft uns, dort siedeln wir uns auch an! – Das ist doch die Chance, die ich benenne, die Chance, wo ich sage: Wir als Bund sind da. Berlin kann hier Schritt für Schritt

dieses Gelände entwickeln. Ich kann nur das machen, was meine Aufgabe ist, und was ganz klar meinen Raumbedarf betrifft, der hier auf dem Gelände genutzt wird. Wir legen alle Standorte aus Berlin hier zusammen. Wir haben schon die Ausstellung in der Zimmerstraße abgeschafft, weil wir jetzt hier die Ausstellung haben. Das Ziel ist, auch aus der Karl-Liebnecht-Straße auszuziehen und die Büros hier zu haben, damit wir nicht ständig die Akten durch die Stadt fahren.

In dem Sinne ist es wichtig zu sagen, dass wir hier vor Ort sind, dass wir das Gelände nutzen, aber es ist eine Chance, auch alles andere zu nutzen. Ich werde mir nicht anmaßen, dass Berlin entscheidet, ob es irgendwelche Institutionen hierher legt, aber ich kann nur sagen: Es gibt hier viel Leerstand. Das große Gebäude hat 16 000 qm, die leer stehen. Da ist noch ein historischer Kinosaal drin. Auch der kann eingearbeitet werden in die Nutzung für kulturelle Zwecke und sonst wie. Das heißt, hier ist Potenzial. Das kann auch über private Investoren geschehen. Aber die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, damit auch Private investieren. Darum geht es. Welcher Ausschuss das am Ende hier berät, das kann mir und dem Berliner egal sein. Wir wollen, dass die Politik hier etwas voranbringt. In der Hinsicht kann ich nur sagen: Schrittweise ist immer gut. Die Havemann-Gesellschaft jetzt als nächstes Element dazu, das ist ein klares Signal aus der Politik und bietet die Chance, dass später wieder etwas dazu kommt und der Leerstand hier am Ende auch ein Ende hat. In dem Sinne kann ich nur sagen: Ich ermuntere Sie, die Gelegenheit zu nutzen und die Chance nicht verstreichen zu lassen.

Vorsitzender Frank Jahnke: Vielen Dank, Herr Jahn! – Jetzt Herr Dr. Weißbach zum Abschluss!

Dr. Olaf Weißbach (Robert-Havemann-Gesellschaft): Vielen Dank, Frau Lange, lieber Herr Drieselmann! Es ist in der Tat richtig, dass man das bei der ganzen Großartigkeit dieser Idee der Entwicklung eines „Campus der Demokratie“ auseinanderhalten muss. Da ist, gemessen an der Dimension der Entwicklung des Campus, die kleine Havemann-Gesellschaft mit ihrem Archiv, und die ist ganz unmittelbar von der Not geplagt, einmal – was angesprochen wurde – bezüglich institutioneller Förderung. Die Zahlen, die Sie genannt haben, sind richtig, wir haben das eruiert. Es handelt sich da um 550 000 Euro jährlich bei dem jetzigen Stand der Qualität unserer Arbeit mit dem jetzigen Personal. Mit den Planungsmitteln, die wir von der BKM bekommen haben, werden wir das noch mal genauestens untersetzen.

Aber ich kann auch verstehen, dass die Themen „Campus der Demokratie“ und Havemann-Gesellschaft zusammengezogen werden. Um es ganz präzise auszudrücken. Die Havemann-Gesellschaft mit ihrem Archiv würde bei entsprechender institutioneller Förderung und entsprechenden Räumlichkeiten auch ohne diesen „Campus der Demokratie“ existieren können. Andersrum kann ich mir schlecht vorstellen, dass sich hier ein „Campus der Demokratie“, ein Lernort von Opposition und Widerstand entwickeln soll und die authentischen Zeugnisse von Opposition und Widerstand ganz woanders sind. Sicherlich, ein kleiner Schritt ist getan mit der Ausstellung, aber ich denke, das ist nur ein notwendiger Schritt und bei Weitem kein hinreichender Schritt, um diese Idee des Campus zu entwickeln. – Danke!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Dr. Weißbach! – Will der Senat noch abschließend Stellung nehmen? – Herr Renner, bitte schön!

Staatssekretär Tim Renner (SKzl-Kult): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Lieber Herr Brauer! Erst mal sind es nicht 225 000, sondern 275 000 Euro, was nach Adam Riese die Hälfte von 550 000 Euro darstellt. Aber das ist auch nicht das Kernproblem. Das Kernproblem ist: Wenn wir uns alle Sachen angucken, wo es um die gemeinsame Erinnerungskultur geht und die zwischen Bund und Land strittig sind, reden wir über weit mehr als 1 Million Euro. Dementsprechend ist unsere Aufgabe, hier eine Klärung mit dem Bund zu finden. Das Land Berlin steht zu seinen Vereinbarungen, der Bund hat sich von diesen Vereinbarungen bereits in zwei Fällen verabschiedet. – [Michael Braun (CDU): In welchen denn?] – Im Fall ESG, East Side Gallery – gehört zur Mauer und somit zum gemeinsamen Gedenken –, und genauso beim gemeinsam entwickelten Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Niederschöneweide, das schon genannt wurde. Das hängt jetzt alles allein an Berlin.

Natürlich ist uns die Brisanz der Lage der Robert-Havemann-Gesellschaft bewusst, und es ist uns auch bewusst, dass eine Haushaltsanmeldung in diesem Jahr erfolgen muss, wenn irgendwelche Einigungen dort eintreten. Wir forcieren den Prozess, und wir wissen, dass wir uns mit dem Bund einigen müssen. In diesem Jahr noch wird der Hauptstadtfinanzierungsvertrag endverhandelt werden, das heißt, wir haben hier eine parallele Linie. Das ist ein Signal, das wir geben können: Wir sehen es, wir müssen es als Gesamtes sehen, wir werden aber sicherstellen, dass hier nichts anbrennt. Dementsprechend ist ja schon mal das Erstsinal des Landes Berlin ganz deutlich. Für uns steht völlig außer Frage, dass wir hier Immobilien – so sie geeignet sind, die müssen dementsprechend geprüft werden – zur Verfügung stellen, die ja auch Werte des Landes sind, um die Havemann-Gesellschaft zu unterstützen, aber auch, um über die Havemann-Gesellschaft einen Beitrag zu bieten zum größeren Gedanken „Campus der Demokratie“, der – da bin ich völlig einig mit Herrn Weißbach – ohne die Havemann-Gesellschaft deutlich nicht rund wäre. Dementsprechend sind wir da am Start.

Ganz kurz zum Abschluss noch, lieber Herr Magalski, ZLB: Ich habe vorhin gelernt, dass das Haus 18, das sich ja auch nicht mehr im Landesbesitz, sondern in Privatbesitz befindet, 16 000 qm hat. Die aktuelle Bedarfsplanung der ZLB nennt uns 52 000 qm. Wir hoffen, in der überarbeiteten auf 36 000 qm zu kommen. Das würde jeweils immer noch bei Weitem nicht ausreichen, wahrscheinlich auch nicht, wenn wir hier noch andere Gebäudeteile dazu aufbohren würden. Insofern ist das eine Sache, die wir dann erst beurteilen können, wenn wir die finale, die neue, überarbeitete Bedarfsplanung der ZLB haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Frank Jahnke: Danke, Herr Staatssekretär! – Damit sind wir am Ende dieses Tagesordnungspunktes angelangt. Es ist üblich, nach einer Anhörung den Antrag zu vertagen. – Ich sehe Einverständnis. – [Andreas Otto (GRÜNE): Auf eine der nächsten Sitzungen?] – Er wird natürlich bei einer der nächsten Sitzungen aufgerufen. Damit ist der Antrag vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/0928
**Filmförderung III: Einrichtung einer eigenen
kulturellen Förderung**

[0103](#)
Kult
EuroBundMed(f)
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Auswertung der Ausschussreise nach Riga – vom
8. – 11.09.2014**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0165](#)
Kult

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.